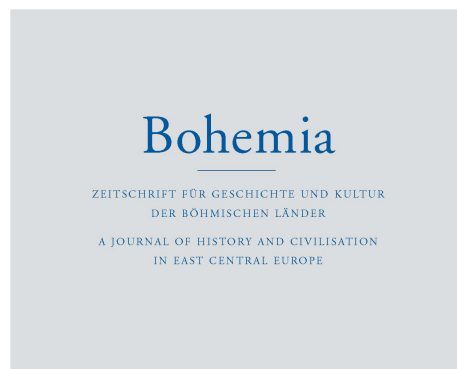


Format de citation

Lambertz, Sebastian: review of: Tomáš Vilímek / Jaroslav Pažout, Pohyblivé hranice diktatury ve světle stížností a anonymů československých občanů (1948–1989) [Die beweglichen Grenzen der Diktatur im Lichte von Beschwerden und anonymen Zuschriften tschechoslowakischer Bürger (1948–1989)], Praha: Ústav pro soudobé dějiny AV ČR, v.v.i., 2023, in: Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder, 64 (2024), 1, p. 123-126, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/abeb2fd8523f48e0b9a6bfa1608f72ab>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Vilímek, Tomáš/Pažout, Jaroslav: Pohyblivé hranice diktatury ve světle stížností a anonymů československých občanů (1948-1989) [Die beweglichen Grenzen der Diktatur im Lichte von Beschwerden und anonymen Zuschriften tschechoslowakischer Bürger (1948-1989)].

Ústav pro soudobé dějiny AV ČR v.v.i., Praha 2023, 560 S., ISBN 978-80-7285-288-8.

Schon vor längerer Zeit hat die Forschung zu den kommunistischen Regimen des östlichen Europas das Potential von Beschwerden, Eingaben und anderen Briefen, die die Bürger:innen dieser Staaten an Partei und Regierung geschrieben haben, als wertvolle Quellen erkannt. Diese geben Auskunft über die wirtschaftlichen, sozialen und sozio-politischen Umstände kommunistischer Herrschaft, über gesellschaftliche Wahrnehmungen, Stimmungen und Krisen und nicht zuletzt über das Verhältnis zwischen den Verfasser:innen und der herrschenden Nomenklatura. Tomáš Vilímek und Jaroslav Pažout haben im Rahmen eines von der Grantová agentura České republiky (GAČR) geförderten Forschungsprojekts diese Quellengattung erstmals für die kommunistische Tschechoslowakei umfassend und systematisch in den Blick genommen. Die hier besprochene Studie ist ein Ergebnis dieses Projekts und liefert neben wichtigen Erkenntnissen über das Beschwerdewesen in der kommunistischen Tschechoslowakei dank einer umfangreichen Quellenedition einen niedrigschwelligen Einstieg in die Arbeit mit diesen Quellen.¹

Ziel der Studie ist es, einen Überblick über die Anzahl der Beschwerden, die Adressaten sowie die soziale Struktur der Gruppe der Autor:innen zu gewinnen. Zudem geht die Analyse der Frage nach, inwiefern und mit welchem Ausgang die Beschwerden bearbeitet wurden. Dies lässt wiederum Rückschlüsse sowohl auf die Fähigkeit der adressierten Personen und Institutionen zu, mit den Bürger:innen zu kommunizieren als auch auf mögliche Spielräume, die in der Aushandlung von Konflikten und der Artikulation von individuellen Interessen entstanden.

Die Autoren satteln ihre Forschungen dabei auf das Konzept der „Grenzen der Diktatur“ bzw. der „Diktatur der Grenzen“ von Thomas Lindenberger auf, der Herrschaft in Diktaturen nicht auf die Logik von Befehl und Gefolgschaft reduziert sehen möchte. Vielmehr hätten die Akteur:innen „von unten“ die Fähigkeit, sich „eigensinnig“ zu verhalten und so einen Grenzbereich zu schaffen, in dem verhandelt wurde, ob und wie der Machtanspruch der herrschenden Partei durchgesetzt werden konnte. Beispielsweise habe die Verwendung offizieller Sprachregelungen zur Durchsetzung individueller Ziele und die Formulierung von Gruppeninteressen gedient.

Ein solcher Grenzbereich zeige sich, so die These der Autoren, eben auch im Beschwerdewesen. Die bearbeitenden Behörden und Personen hätten Beschwerden in Kategorien wie „konstruktive sozialistische Kritik“, „Querulantenentum“ und „antistaatliche Hetze“ eingeordnet. Während der gesamten Zeit der kommunistischen Diktatur in der Tschechoslowakei seien die Übergänge zwischen diesen

¹ Erste Ergebnisse finden sich im Sonderheft 29 (2022) 1 der Zeitschrift „Soudobé dějiny“ mit dem Titel „Stížnosti občanů v komunistickém Československu/Citizen Complaints in Communist Czechoslovakia.“

Kategorien aber fluide gewesen. Die konkrete Ausdeutung wiederum war von den jeweils herrschenden politischen Verhältnissen sowie der Haltung der Personen abhängig, die eine Beschwerde bearbeiten.

Diesen Grenzbereich loten die Autoren beispielhaft anhand von vier zentralen Problembereichen aus: Mangelversorgung, vor allem mit Waren des täglichen Bedarfs, Fehlverhalten und Konflikte in Verwaltung und Betrieben, die omniprésente Wohnungsproblematik sowie Umwelt- und Gesundheitsfragen. Sie zeigen dabei überzeugend auf, wie die politischen Rahmenbedingungen zu einem bestimmten Zeitpunkt den Umgang mit Beschwerden und Eingaben, aber auch die Zuschriften selbst wesentlich beeinflusst haben.

Die Studie ist als Längsschnittuntersuchung angelegt, was sich bereits in den Abschnitten zeigt, die den thematischen Kapiteln vorgeschaltet sind. In diesen geht es um den Umgang mit Beschwerden und Eingaben, deren Bearbeitung durch Partei- und Regierungsorgane sowie um die soziale Struktur der Gruppe der Autor:innen. Es wird deutlich, dass Partei und Regierung den Zuschriften eine große Bedeutung beimaßen und diese als Möglichkeit sahen, etwas über die Stimmung in der Bevölkerung und mögliche wirtschaftliche und soziale Probleme zu erfahren. Auch als Ventil für Unzufriedenheit und Kritik hatten die Briefe eine Bedeutung. Zugleich gelang es den zuständigen Institutionen während der gesamten Existenz der kommunistischen Diktatur nie, klare Leitlinien für den Umgang mit Beschwerden zu definieren bzw. die als unzureichend angesehenen Vorschriften zu reformieren. Dieser Analyse geben die Autoren viel Raum, womit sie die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Regimes in der Kommunikation mit seinen Bürger:innen deutlich machen.

Die Themenfelder, die in den inhaltlichen Kapiteln untersucht werden, illustrieren, mit welchen Problemen das kommunistische Regime während seiner gesamten Existenz immer wieder zu kämpfen hatte und bieten gleichzeitig einen tiefen Einblick in den Alltag tschechoslowakischer Bürger:innen. Wir erfahren viel über die schlechte Qualität von Waren des täglichen Bedarfs, Versorgungsprobleme mit Ersatzteilen und Baumaterial, unrechtmäßige Vergabeverfahren von Genossenschaftswohnungen, Bestechung oder die gesundheitsschädlichen Lebensbedingungen in Prag und anderen Städten. Hier tritt das Potenzial der Quellengattung im Hinblick auf eine Analyse der sozioökonomischen Umstände in der Tschechoslowakei deutlich hervor. Ebenso zeigt sich, dass das Regime in den allermeisten Fällen zwar von den Missständen wusste und sich bemühte, sie zu beheben, daran aber regelmäßig scheiterte. Immer wieder legen die Autoren dar, wie viele Beschwerden tatsächlich als gerechtfertigt anerkannt wurden – ohne allerdings näher auf die Kriterien einzugehen, die dabei zur Geltung kamen.

Was in diesen Kapiteln etwas zu kurz kommt, ist die inhaltliche Analyse der Primärquellen. Die Autoren beziehen sich vielfach auf offizielle Berichte und führen die Beschwerden eher zur Illustration und Verdeutlichung an. Eine stärker an Inhalt und Sprache der Quellen ausgerichtete Analyse hätte indessen Rückschlüsse auf wiederkehrende Argumentationsmuster zulassen und Aufschluss darüber geben können, auf welche Art und Weise sowohl Ansprüche als auch Kritik formuliert wurden. Die nur in vergleichsweise geringem Umfang zitierten Beispiele stehen

zudem auch innerhalb der einzelnen Kapitel in keinem wirklichen Bezug zueinander, sodass eine vergleichende Untersuchung sowie Schlussfolgerungen über Veränderungen im Zeitverlauf kaum möglich sind.

Aufschlussreicher gestaltet sich das Kapitel zu anonymen Zuschriften. Die Grenzen zwischen „konstruktiver Kritik“ und „antistaatlicher Hetze“ waren hier besonders schwammig; auch weil die Themen dieser Zuschriften erwartungsgemäß eine höhere politische Sprengkraft bargen. Für die Institutionen, an die sich die Zuschriften richteten, waren diese ein zweiseitiges Schwert: Einerseits enthielten sie oftmals wichtige Informationen über den Missbrauch von Funktionen oder Unterschlagungen, andererseits zeigten sie, dass das Vertrauen in die Möglichkeit, unbehelligt konstruktive Kritik üben zu können, begrenzt war. Zu groß war die Unsicherheit, ob nicht die geäußerte Kritik von der bearbeitenden Person ungünstig ausgelegt und an die Sicherheitsbehörden weitergegeben werden würde. Hier tritt der Einfluss der politischen Umstände auf die Verfasstheit der Beschwerden besonders hervor, denn in Zeiten zunehmender Repression, wie nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, stieg auch die Zahl der anonymen Zuschriften. Für die Zeit der Reformperiode wiederum konstatieren die Autoren eine zunehmende Politisierung der Inhalte sowie eine größere Bereitschaft, die Briefe namentlich zu unterschreiben.

Die Angst vor Verfolgung, vor Schikane durch die kritisierten Personen und Nachteilen am Arbeitsplatz zieht sich durch alle untersuchten Themenbereiche hindurch, taucht aber besonders im Zusammenhang mit der Kritik an individuellem Fehlverhalten und in anonymen Zuschriften auf. Hier scheinen die Grenzen, innerhalb derer Kritik ohne Bedenken geäußert werden konnten, recht klar definiert gewesen zu sein – und den Verfasser:innen waren diese offensichtlich bewusst. Von einem echten Grenzbereich kann daher in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein.

Generell erkennt man Grenzbereiche und Verhandlungsspielräume in der Interaktion zwischen Herrschenden und Beherrschten in der Analyse nur bedingt wieder. Vielmehr erscheinen die Grenzen weitgehend einseitig gesetzt, da sie aus der Zuordnung von Beschwerden in die genannten Kategorien resultierten. Zudem konnten sich diese Grenzen je nach politischer Großwetterlage signifikant verschieben. Aber tatsächliche Verhandlungsspielräume lassen sich nur dann identifizieren, wenn beide Seiten der Kommunikation in die Analyse einbezogen werden. Und die Seite der Verfasser:innen kommt in der Studie deutlich zu kurz. Daher bleibt nicht nur die Frage nach Argumentationsstrukturen offen, sondern auch ungeklärt, ob das Spektrum des „Kritisierbaren“ möglicherweise auch von Seiten der Verfasser:innen aktiv erweitert wurde und damit echte Grenzbereiche entstanden. Das Konzept der „Grenzen der Diktatur“ hätte hier durchaus Anknüpfungspunkte geboten.

Doch zweifellos liefert die Studie wichtige Erkenntnisse dazu, wie die sich verändernden politischen Rahmenbedingungen der kommunistischen Diktatur in der Tschechoslowakei die Art und Weise mitprägten, in der die Bürger:innen ihre Beschwerden formulierten. Insbesondere die Wahrnehmung einer liberalen politischen Atmosphäre wie sie während des Prager Frühlings herrschte, sorgte dafür, dass die Verfasser:innen geneigter waren, auch kritischere Beschwerden persönlich zu unterschreiben. Ebenso liefert das Buch grundlegendes Wissen zur Beschaffenheit

des Beschwerdewesens in der kommunistischen Tschechoslowakei. Die systematische Klassifizierung der bei zahlreichen Institutionen eingegangenen Zuschriften im Hinblick auf Quantität und Inhalt war in dieser Form ein klares Desiderat und ist angesichts der Tatsache, dass sie für beide Landesteile und über den gesamten Zeitraum der Existenz des kommunistischen Systems hinweg durchgeführt wurde, beeindruckend.

Berlin

Sebastian Lambertz

Plachá, Pavla: Zerrissene Leben. Tschechoslowakische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück 1939-1945.

VSA Verlag, Hamburg 2023, 454 S., 224 Abb., ISBN 978-3-96488-169-4.

Pavla Plachá befasst sich in ihrer Dissertation mit den aus der Tschechoslowakischen Republik stammenden weiblichen Häftlingen des Konzentrationslagers Ravensbrück. Sie nimmt diese Frauen für den Zeitraum 1939 bis 1945, für das gesamte Staatsgebiet vor dem 1. Oktober 1938 und unabhängig von ihrer nationalen Zuschreibung in den Blick. Die Arbeit, die 2021 auf Tschechisch veröffentlicht wurde und nun in deutscher Übersetzung vorliegt, beruht auf einer breiten Quellenbasis. Unter anderem wurden die Personalakten von Frauen einbezogen, die nach dem tschechoslowakischen Gesetz 255/46 Slg. Anerkennung als politische Gefangene suchten, dazu kommen an ehemalige Häftlinge verschickte detaillierte Fragebögen des Svaz protifašistický bojovníků (Verband der antifaschistischen Kämpfer), Zeichnungen und Egodokumente ehemaliger Häftlinge, Häftlingsdatenbanken der Gedenkstätten Ravensbrück und Terezín (Theresienstadt) sowie Interviews mit Zeitzeuginnen.

Die Studie gliedert sich in drei Teile. Am Anfang steht ein knapper, aber instruktiver Überblick über die Entwicklung der Gedenkkultur im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Politik von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Gegenwart, der auch das inoffizielle Gedenken nichtkommunistischer ehemaliger Häftlinge in der Tschechoslowakei und im Exil berücksichtigt. Plachá legt dar, dass das Bild der Tschechoslowakinnen in Ravensbrück über Jahrzehnte von dem 1960 publizierten Sammelband „Ravensbrück“ geprägt wurde, der nichtkommunistische Häftlingsgruppen marginalisierte oder völlig verschwieg. Die Autorinnen, im Svaz protifašistický bojovníků organisierte ehemalige politische Häftlinge, zeichneten sich selbst, das heißt die tschechischen Kommunistinnen, als moralisch hochstehendes, auch für andere Nationalitäten vorbildliches Kollektiv im Lager (S. 32). Sie dominierten nicht nur die tschechoslowakischen Opferverbände (S. 39), sondern beeinflussten auch das Internationale Ravensbrück-Komitee (S. 72). In der kommunistischen Tschechoslowakei wurden ehemalige Häftlinge, die die Nationalsozialisten als politisch eingestuft hatten (S. 14), oft nicht als solche anerkannt. Den Status als aktive Gegner des nationalsozialistischen Regimes und die damit verbundenen Privilegien erhielt ferner nur ein Teil der anerkannten politischen Häftlinge (S. 424). Das führte dazu, dass das Bild Ravensbrücks und der tschechoslowakischen Häftlinge im tschechischen kollektiven Gedächtnis von tschechischen Kommunistinnen bestimmt wurde, die schätzungsweise lediglich drei Prozent aller dort inhaftierten Frauen aus der Tschechoslowakei ausmachten (S. 251).